LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
218 · Ausgabe BE · Mai 2025

MANUELA KOCHER, PRÄSIDENTIN SP KANTON BERN

Gemeinsam für eine starke SP Kanton Bern

Mit grosser Freude und auch Demut habe ich die Wahl ins Präsidium der SP Kanton Bern angenommen. Ich danke euch für das Vertrauen – und ich freue mich sehr auf die kommende Zusammenarbeit.

Meine Motivation ist tief verankert: Ich glaube an eine solidarische Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird. Und ich glaube daran, dass wir als Partei nicht nur politische Inhalte vertreten, sondern auch als Organisation wirken – mit Herz, Haltung und Gemeinschaft.

Guter Austausch und ein wertschätzendes Miteinander

Durch meine Erfahrung in der Verbandsführung bringe ich den Blick fürs Ganze mit: Für die politische Wirkung, aber auch für das, was es intern braucht, damit wir als SP kraftvoll handeln können. Dazu gehören ein guter Austausch und ein wertschätzendes Miteinander zwischen Ehrenamtlichen, Mitarbeitenden, Mitgliedern und den aktiven Genoss:innen in Sektionen und Regionalverbänden.

Diese Innensicht ist mir wichtig. Was wir gemeinsam leisten – beim Unterschriftensammeln, im Abstimmungskampf oder in der Gemeindepolitik – ist nicht selbstverständlich. Es ist gelebte soziale Politik und zeigt: Wir sind mehr als einfach eine Partei. Gerade jetzt, wo unsere Werte von rechtsbürgerlicher Politik und autoritären Kräften bedroht sind, braucht es uns – geschlossen, klar und mutig.

Wir wollen weiter an einer inklusiven Gesellschaft bauen, faire Löhne, gute Lebensbedingungen für Kinder und echte Gleichstellung schaffen. Wir wollen die Kaufkraft stärken und setzen uns für konsequenten Klima- und Umweltschutz ein.

Für einen sozialen Kanton Bern

Diese drei Themen – Kaufkraft, Gleichstellung und Klimaschutz & Energie – stehen im Zentrum unserer Kampagne für die Wahlen 2026 und wir sind mitten in den Vorbereitungen: Wir wollen unsere sechs verlorenen Grossratssitze zurückgewinnen, unsere Posi-

tion im Regierungsrat verteidigen – und im Berner Jura gemeinsam mit den Grünen den SVP-Sitz angreifen. Dafür brauchen wir euch alle!

Ich freue mich besonders auf die Besuche in den Sektionen und Regionalverbänden, auf Gespräche mit Mitgliedern und den Kontakt mit unseren Partnerorganisationen. Beispielsweise hatte ich bereits Gelegenheit, nach meinem Amtsantritt den Austausch mit Vertreter:innen der SP Schweiz und anderer Kantonalparteien zu pflegen. Dies sind alles wertvolle Impulse und ich bin überzeugt: Jede Begegnung bringt uns ein Stück weiter – für unser gemeinsames Ziel einer solidarischen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft. Gemeinsam bringen wir den Kanton Bern vorwärts!

**Wir sind mehr als
einfach eine Partei.**

Geburtshilfe darf nicht profitorientiert sein!

Am 1. April 2025 wurde die Geburtshilfestation des Spitals Frutigen abrupt geschlossen – zurück bleibt grosse Verunsicherung bei Schwangeren, Hebammen, aber auch dem Rest der Bevölkerung. Was wir vor einigen Jahren bereits in Zweisimmen erlebt haben und im Moment auch aus anderen Kantonen hören, trifft nun auch Frutigen. Schwangere Frauen müssen nun nach Interlaken oder Thun, um zu gebären. Was offiziell mit Personalmangel begründet wurde, ist in Wahrheit das Ergebnis einer jahrelangen, systematischen rechten Sparpolitik – und einer profitorientierten Ausrichtung unseres Gesundheitswesens.

Verlust von Lebensqualität für ganze Regionen

Geburtshilfe muss ein zentraler Bestandteil der medizinischen Grundversorgung sein, da sie existenziell und eine Geburt häufig mit erheblichen Risiken verbunden ist. Komplikationen wie plötzliche Blutungen, Sauerstoffmangel beim Kind oder Geburtsstillstand können innert Minuten lebensbedrohlich werden. Und es überrascht leider wenig, dass die Einsparungen einmal mehr die Gesundheitsversorgung von Frauen betreffen. Dass die Geburtshilfe geschlossen wurde, ist aber wie erwähnt kein Einzelfall – und markiert häufig den Anfang vom Ende. Denn für die

Geburtshilfe muss die gesamte Infrastruktur vorhanden sein, um etwa im Notfall einen Kaiserschnitt durchführen zu können. Schliesst die Geburtenabteilung, könnte bald auch der Operationsbetrieb eingestellt werden, was aktuell im Spital Zweisimmen zu beobachten ist. Und es stellt sich die Frage: «Ist ein Spital ohne OP noch ein Spital?»

Mit dem Abbau medizinischer Grundangebote verlieren ganze Regionen an Sicherheit, an Lebensqualität und an Perspektiven. Denn wenn keine umfassende medizinische Grundversorgung mehr vorhanden ist, zieht das eine fatale Abwärtsspirale nach sich: Hebammen, Gynäkolog:innen und Hausärzt:innen wandern ab oder siedeln sich gar nicht erst an. Junge Familien überlegen sich zweimal, ob sie sich im ländlichen Raum niederlassen wollen. Besonders stossend daran ist, dass der Spardruck auf die Gesundheitsversorgung insbesondere vom rechten Lager kommt, welches von sich behauptet, die ländliche Bevölkerung zu vertreten. Doch am Schluss ist ihnen Profit wichtiger als ein gesicherter Zugang zu lebenswichtigen Gesundheitseinrichtungen – zumindest solange sie nicht selbst betroffen sind. Der Mangel an Gesundheitsinfrastruktur trifft schliesslich auch Schulen, soziale Angebote und das lokale Gewerbe. Besonders perfid ist, dass der zunehmende Personalmangel im Gesundheitswe-

sen selbstgemacht ist. Unterfinanzierung, schlechte Arbeitsbedingungen und ein systematischer Spardruck haben dazu geführt, dass immer weniger Menschen diesen Berufen langfristig erhalten bleiben.

Petition: Dezentrale Versorgung muss gesichert werden

Für uns ist also klar, das Problem ist ein politisches: Die rechte Sparpolitik sowie die Privatisierung der Gesundheitsversorgung haben den Druck auf die Spitäler stetig erhöht und machen die Grundversorgung zum «Marktgut», das sich nur halten darf, wenn es «rentiert». Und sie kostet – ja. Aber sie sichert Leben, soziale Gerechtigkeit und die Zukunft ganzer Regionen und muss daher auch politisch gesichert werden. Deshalb fordert die SP Frauen Kanton Bern nun Regierungsrat Pierre Alain Schnegg in einer Petition auf, die Geburtshilfe und die dezentrale Versorgung im ganzen Kanton endlich verbindlich zu sichern, und auch im Grossen Rat werden wir mit Vorstössen Druck machen. Hilf mit!

Vanessa Bieri,
SP Frauen Kanton Bern

→ **Link zur Petition**
«Die Geburtshilfe muss als Grundversorgung in der Region bleiben»

Für eine Demokratie der Begegnung

Seit gut acht Jahren haben Bewohner:innen der Stadt Bern die Möglichkeit, ein Anliegen im Stadtparlament auf die Tagesordnung zu setzen: mit einer sogenannten Partizipationsmotion. Dieses Instrument soll helfen, Stadtbewohner:innen ohne Wahl- und Stimmrecht eine verbindlichere Mitsprachemöglichkeit zu bieten. Wir wollen es bekannter machen.

Nicht zuletzt wegen der hohen Hürden im Einbürgerungsprozess ist fast ein Drittel der Stadtbevölkerung von der politischen Teilhabe ausgeschlossen und kann nicht über öffentliche Angelegenheiten befinden, unabhängig von der direkten Betroffenheit. Die Partizipationsmotion ist noch weit weg von wirklicher demokratischer Mitbestimmung, aber zumindest anerkennt dieses Instrument die Notwendigkeit, politische Prozesse an die von Migration und Vielfalt geprägte gesellschaftliche Realität anzupassen.

Der Berner Sektion der SP Migrant:innen war es deshalb ein Anliegen, dieses Instrument bekannter zu machen und Engagierte bei der Einreichung zu unterstützen. Unsere Mitglieder haben daher gleich zu Beginn eine Partizipationsmotion eingereicht, welche ein «Haus der transkulturellen Begegnung» forderte. Das konkrete Anliegen war es, einen zentralen Ort zu schaffen, wo es für Vereine und Einzelpersonen niederschwellige Möglichkeiten gibt, sich zu treffen, und auch über verschiedene Gruppen hinweg ein Austausch stattfinden kann. Es ist bezeichnend, dass

gerade durch ein Partizipationsinstrument mehr Partizipation gefordert wurde, um damit auf die eingeschränkten Möglichkeiten der rechtlichen, politischen, sozialen und kulturellen Teilhabe hinzuweisen.

Organisationen als Schnittstelle

Bezeichnend ist leider auch das Tempo der Beratung dieser Partizipationsmotion, denn wie bei anderen Mitwirkungsprozessen dauert die Umsetzung Jahre: Die Motion wurde zuletzt im April 2025 diskutiert und ist somit schon seit sechs Jahren in der Warteschlange. Da aber die Einreichenden bei jeder Beratung wieder Stellung nehmen konnten, waren sie zumindest formell involviert. Umso wichtiger ist dabei die Rolle von Organisationen wie der SP Migrant:innen, die als Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und der institutionellen Politik fungieren. Diese Rolle nehmen wir nach wie vor auch innerhalb der Partei wahr. An unseren Mitgliederversammlungen nehmen häufig Menschen teil, die noch keine Parteimitgliedschaft und teilweise auch kein Stimmrecht haben – und dennoch ein grosses

Bedürfnis, sich politisch gemeinsam artikulieren und austauschen zu können.

Lösung für das Haus der transkulturellen Begegnung

Fürs Anliegen vom «Haus der transkulturellen Begegnung» hat sich in der Stadt Bern nun eine ideale Synergie ergeben: Der Verein «Haus der Bewegungen» bezieht gemeinsam mit anderen Vereinen und Kollektiven Räumlichkeiten im Sulgenau. Die Stadt hat mittlerweile auch entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt, um das Anliegen der Partizipationsmotion in diesem Rahmen umzusetzen. Das Haus der Bewegungen hat also Potenzial, ein Kristallisationspunkt verschiedener Alltagsbedürfnisse zu werden, denn als Ort der Begegnung ist es schlussendlich auch ein Ort der Demokratie.

Vorstand SP Migrant:innen Bern

NÄCHSTE MITGLIEDER-VERSAMMLUNG DER SP MIGRANT:INNEN BE

Donnerstag, 15. Mai 2025, 19 Uhr,
in der Casa d'Italia (Bühlstrasse 57,
3012 Bern)
Thema: «Selektion und Bildung»

Neue Gesichter im Grossen Rat

Alice Kropf (Thun)

Sven Heunert (Thierachern)

Samira Martini (Madiswil)

Susanne Clauss (Biel)

In der Sommersession des Grossen Rates werden gleich vier neue Gesichter in der SP-JUSO-Fraktion zu sehen sein. Wir heissen alle vier herzlich willkommen und wünschen ihnen viel Erfolg!

AGENDA

- 28. Juni: Parteitag in Zollikofen
- 27. August: Parteitag in Bern (Reserve)
- 29. Oktober: Parteitag in Bern, Hotel Bern

Weltrettung mit Kater

Okay, ja, der Zollschock von Donald Trump ist nicht schön, aber zumindest hat er (hoffentlich) bei einigen bürgerlichen Politiker:innen zu einem kleinen Realitycheck geführt. Man musste zwar nie speziell «woke» oder links sein, um zu erkennen, dass Trump ein furchtbarer Politiker ist – es reichte ein minimales Verständnis für Demokratie und Menschlichkeit. Aber was wurde von bürgerlichen Kräften nicht alles immer wieder schöngeredet, und wie oft wurde behauptet, dass das amerikanische Trampeltier für die Wirtschaft doch gar nicht so schlecht wäre ... Tja. Wo sind denn jetzt die grossen Trump-Verteidiger:innen, die ihn uns als grossartiges Wirtschafts-genie verkaufen wollten?

Ach ja: Wahrscheinlich gerade damit beschäftigt, dem «Wirtschafts-genie» in den Hintern zu kriechen.

Ich komme nach wie vor nicht damit klar, dass Trump noch einmal Präsident geworden ist. Ich habe einen Kater namens Salem. Den liebe ich sehr, aber er ist nicht die hellste Kerze auf der Torte – manchmal schafft er es

Rote Feder

nicht, seinen Hintern richtig sauber zu lecken, oder versucht sein Spiegelbild zu attackieren. Aber selbst er wäre der bessere amerikanische Präsident als Trump.

Deshalb habe ich jetzt einen kühnen Plan entworfen: Ich besorge Salem (und mir, natürlich) die amerikanische Staatsbürgerschaft und dann liefern wir einen so richtig schönen absurden Wahlkampf mit vielen Katzenbildern und zack: Der 48. Präsident der USA heisst Salem Fessler of Longvalley. Und die Welt ist gerettet. Dankt mir später.

Désirée Fessler

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN

@spkantonbern

@spkantonbern

@spkantonbern